

Gemünden

Kernzone: Weg zur Erweiterung ist möglich

Charlotte Krämer-Schick 24.01.2019

Die Erweiterung der Kernzone des Naturparks Soonwald-Nahe um die „Gemündener Höhe“ soll kommen. Das ist seit mehr als einem Jahr der erklärte Wunsch aller Fraktionen im Kreistag. Nun könnte dieser Wunsch auch Wirklichkeit werden.



Über eine einzigartige Flora mit zum Teil uralten Laubbäumen verfügt der Soonwald auch im Bereich der „Gemündener Höhe“. Die könnte in naher Zukunft ebenfalls zur Kernzone des Naturparks gehören. Diese würde dann im Westen begrenzt durch die Landesstraße 229. Foto: Werner Dupuis

Vergangene Woche endete ein Anhörungsverfahren des rheinland-pfälzischen Umweltministeriums, das die Erweiterung der im Sommer 2014 festgelegten Kernzone in den Blick genommen hat. Bei dem Anhörungsverfahren wurden neben den Trägern öffentlicher Belange und den Naturschutzvereinigungen auch betroffene Kommunen wie die Ortsgemeinden Henau und Gemünden sowie die Verbandsgemeinde Kirchberg um eine Stellungnahme zur Erweiterung gebeten. Die Erweiterung umfasst insgesamt etwa 350 Hektar entlang der Landesstraße 229 von Gemünden bis zur Abfahrt Schwarzerden und schließt im Osten an die bestehende Kernzone „Großer Soon“ an. Sie umfasst Kommunalwald in der Gemarkung Gemünden und Privatwald in der Gemarkung Henau. Hier regen sich Widerstände.

Große Einigkeit herrschte im Kreistag Ende Oktober 2017, als die Fraktionen einen gemeinsamen Antrag für eine Novellierung der Rechtsverordnung des Naturparks Soonwald-Nahe verabschiedeten. Ziel war es, den Bereich „Gemündener Höhe“ als Teil der Kernzone „Großer Soon“ auszuweisen. Das Umweltministerium leitete das entsprechende Verfahren ein.

Deutlicher Widerstand im Gemeinderat Gemünden

Während sich die Gemeinde Henau – bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung – für die Erweiterung der Kernzone ausspricht, stimmte der Gemeinderat Gemünden in seiner jüngsten Sitzung gegen die Erweiterung. Zu groß waren die Bedenken der Mehrzahl der Ratsmitglieder, die Gemeinde sei „nicht mehr Herr der Sache“ darüber, was in ihrem Wald geschehe. Die Ausweisung einer Kernzone käme vielmehr „einer Enteignung gleich“, zumal in Gemünden zwei Drittel des Gemeindewalds von der Erweiterung betroffen wären. Zu viele etwaige Vorhaben – etwa der Bau eines Parkplatzes, der Straßen- und Wegebau oder die Aufforstung – bedürften einer vorherigen Genehmigung. In einer durch die Gemeinde veröffentlichten Stellungnahme heißt es: „Die Nutzung der Flächen im Bereich des betroffenen

Gemeindewaldes über die eigentliche forstwirtschaftliche Nutzung hinaus, wird durch die Ausweisung einer Kernzone noch weitergehend eingeschränkt, als dies ohnehin im Außenbereich bzw. im Naturpark schon der Fall ist. Auch wenn zurzeit keine konkreten Maßnahmen geplant sind, sieht die Ortsgemeinde für diese weitergehende Beschränkung keine Veranlassung und lehnt daher die Erweiterung der Kernzone ab.“

Nur die Ratsmitglieder von „Bürger für Gemünden“ (BfG), die einst auch gegen das lange geplante und inzwischen beigelegte Steinbruchprojekt argumentierten, sprachen sich für die Erweiterung der Kernzone aus. Sanfter Tourismus sei die einzige Chance für den Ort, sich weiterzuentwickeln, erläuterte die BfG-Fraktion. Zudem sei der Schutz der einzigartigen Flora und Fauna der „Gemündener Höhe“ ganz im Sinne zukünftiger Generationen. „Wir haben genug Schutzzonen, da brauchen wir keine Kernzone. Wir können den Wald und den Tourismus auch ohne Kernzone weiterentwickeln“, entgegnete jedoch Ortsbürgermeister Dieter Kaiser deutlich.

Der Verbandsgemeinderat Kirchberg sprach sich in seiner Sitzung am 19. Dezember generell für eine entsprechende Erweiterung aus, sofern diese „die Nutzung der vorhandenen und der geplanten Grundstücke und Flächen zur Sicherstellung der Wasserversorgung“ nicht einschränke. Darin eingeschlossen sollten Bau, Betrieb, Benutzung, Unterhaltung und Erneuerung aller Anlagen sein. Allerdings will der Rat noch die Möglichkeit nutzen, seine Stellungnahme bis 10. Februar zu ergänzen. Der VG-Rat behält sich vor, die Stellungnahmen der beiden Ortsgemeinden Gemünden und Henau abzuwarten und die eigene Stellungnahme gegebenenfalls um die Belange der Gemeinden zu erweitern. Daher wird sich der VG-Rat in seiner Sitzung am Samstag, 2. Februar, erneut beraten.

Umweltministerium: Keine Auswirkungen auf Bewirtschaftung

Die in den Gremien geäußerten Bedenken der Gegner einer Erweiterung der Kernzone um die „Gemündener Höhe“ sind nahezu deckungsgleich. Meist wird die Befürchtung geäußert, dass Einschränkungen in der Forstwirtschaft und der Bejagung drohen würden, was sich insbesondere für den Privatwaldbesitzer in diesem Bereich negativ auswirken könnte, so die Vermutung. Das Umweltministerium hingegen macht auf Anfrage deutlich, dass sich durch die Kernzone „keine Auswirkungen auf die Bewirtschaftung“ ergeben. Untersagt seien laut Paragraph 6 „Schutzbestimmungen“ der „Landesverordnung über den Naturpark Soonwald-Nahe“ lediglich Handlungen, von denen eine besondere Beeinträchtigung der Erholung in der Stille ausgeht. Denn dies sei der eigentliche Zweck einer solchen Kernzone. Zu solchen Handlungen gehörten etwa „das Anlegen oder Erweitern von Steinbrüchen, Tagebauen, Gruben oder sonstigen Erdaufschlüssen“. Auch „das Zelten, Aufstellen von Wohnwagen oder Wohnmobilen auf anderen als den hierfür behördlich zugelassenen Plätzen, die Errichtung von Anlagen aller Art (hierzu gehörten etwa Windkraftanlagen, Anm. d. Red.) und das Erzeugen von Lärm oder die Beeinträchtigung der Ruhe auf andere Weise ohne zwingenden Grund“ sind in diesen Bereichen untersagt.

Nicht anzuwenden ist diese Schutzbestimmung laut Ministerium nach Paragraph 7 etwa bei der „ordnungsgemäßen Nutzung eines Grundstücks durch Ackerbau, Grünlandbewirtschaftung, Gartenbau, Obstbau, Weinbau, Sonderkulturen, Forstwirtschaft“ sowie der „ordnungsgemäßen Ausübung der Jagd und der Fischerei“. Einen Einfluss auf die forstwirtschaftliche oder jagdliche Nutzung gibt es in keinem Fall, macht das Ministerium deutlich.

In welchem Zeitrahmen und wie sich das Umweltministerium in der Frage der Erweiterung entscheiden wird, steht nicht fest. Falls die Verordnung rechtskräftig wird, würde die Debatte um Vorrangflächen für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe oder um Windkraft enden. Landschafts- und Naturschutz hingegen wären als übergeordnetes Ziel fixiert, wie es Landrat Marlon Bröhr und der Kreistag bereits vor gut einem Jahr gefordert hatten.

Von unserer Redakteurin Charlotte Krämer-Schick

Wunsch nach Windkraft?

Welche Interessen hinter einer ablehnenden Haltung zur Kernzonenerweiterung im Soonwald stehen, ist offen. Klar ist, dass es vor Ort wirtschaftliche Interessen zu geben scheint, die das Ziel einer Kernzone konterkarieren könnten.

Das Thema „Steinbruch“ dürfte in Gemüden nach dem Vertragsaustritt der NHB beendet sein. Aber: Auch wenn im Rhein-Hunsrück-Kreis seit Jahren der Grundsatz gilt, dass jenseits der B 50 keine Windkraft installiert werden soll, ist die Frage, wie es mit Projekten nahe der Kreisgrenze aussieht. Dem Vernehmen nach gibt es aktuell nicht nur ein erhebliches Interesse daran, nahe der Opelwiese im Soonwald und rund um das Hochsteinchen bei Ellern in den bestehenden Parks weitere Anlagen zu bauen, sondern auch im Bereich der angedachten Kernzonenerweiterung Windräder zu errichten. Laut Informationen unserer Zeitung geht es dort um private Flächen. vb

Kommentar: Natur mit allen Mitteln schützen

24.01.2019

Charlotte Krämer-Schick über eine mögliche Erweiterung der Kernzone



Charlotte Krämer-Schick Foto: Jens Weber

Schon lange setzen sich Initiativen, Kreis und Verbandsgemeinden für eine größere Kernzone des Naturparks ein, nun könnte der Wunsch endlich Wirklichkeit werden. Und im Grunde wäre die Erweiterung schon nach dem Rückzug der NHB im Dezember 2017 eine logische Konsequenz gewesen, ging es bei der damaligen Aussparung doch in erster Linie um den Vorrang des Rohstoffabbaus. Und der ist seither vom Tisch. Da weder Forstwirtschaft noch Jagd innerhalb der Kernzone in irgendeiner Form beeinträchtigt werden, stellt sich schon die Frage, warum es stellenweise derart große Widerstände gibt. Das könnte vermuten lassen, dass es noch weitere Interessen gibt, über die keiner der Beteiligten Klartext reden möchte.

Vielleicht ist ja doch was dran an den Gerüchten, dass für manchen das Thema Windkraft im Soon noch nicht gegessen ist. Und das wäre wirklich fatal. Gerade in Zeiten, in denen Stress und Hetze unseren Alltag bestimmen, wird die „Erholung in der Stille“, wie es sie eine Kernzone ermöglichen soll, für viele Menschen immer wichtiger. Und so etwas zieht Touristen. Zumal solche Oasen der Ruhe immer seltener werden. Zum anderen sollte eine Region wie unsere stolz sein auf eine derart abwechslungsreiche Landschaft mit einer solch reichen Flora und Fauna. Denn auch das ist etwas ganz Besonderes und sollte mit allen Mitteln geschützt werden.